

# Der GKV-Beitrag könnte auf 20 Prozent steigen

## Was Krankenkassen von der neuen Bundesregierung erwarten

Nicht nur Ärzte und Zahnärzte positionieren sich im Vorfeld der Bundestagswahl am 23. Februar. Auch die Krankenkassen sehen akuten Reformbedarf. Wir haben uns die Forderungen des AOK-Bundesverbands, der TK und der DAK Gesundheit angeschaut. Die zahnmedizinische Versorgung wird in den verschiedenen Positionspapieren so gut wie nicht erwähnt – was vermutlich auch besser ist.

Bei der Diagnose sind sich die Kassen einig: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Denn während die Beiträge ein Rekordhoch erreicht haben, kommt es bei der Versorgung zunehmend zu Engpässen. Versicherte müssten erleben, „dass Qualität und Zugang zu Gesundheits- und Pflegeangeboten unzureichend sind“, gibt der AOK-Bundesverband offen zu. Die „begrenzten Ressourcen“ müssten deshalb gezielter eingesetzt werden. Dabei hat die AOK vor allem den stationären Sektor im Visier – Stichwort Krankenhausreform. In der ambulanten medizinischen Versorgung sieht die AOK in einer hausarztzentrierten Versorgung Potenzial für mehr Effizienz. Durch die Primärversorgung würden Abläufe für Patienten weniger komplex, die Versorgung hochwertiger. Mit „digitalen Lösungen“ sollen Prozesse optimiert werden. Hier setzt die AOK explizit auf die „ePA für alle“. Gefordert wird auch mehr Preiswettbewerb in der Arznei- und Hilfsmittelversorgung. Insbesondere mit Blick auf die Preisbildung bei patentgeschützten Arzneimitteln müssten Wirtschaftsreserven genutzt werden. Einsparun-

gen erhofft sich die AOK auch von mehr Prävention. „Wir brauchen endlich eine umfassende Public-Health-Strategie, um die Gesunderhaltung der Bevölkerung, auch mit Blick auf eine nachhaltige Pflegepolitik, zu verbessern.“

### TK kritisiert versicherungsfremde Leistungen

Die TK legt den Finger in die Wunde „versicherungsfremde Leistungen“. So habe der Staat zur Bewältigung der Corona-Pandemie sechs Milliarden Euro aus den Rücklagen der Pflegekasse entnommen und bis heute nicht zurückgezahlt. Auch die viel zu niedrigen Zahlungen des Staates für Bürgergeldempfänger prangert die TK an. Sie beziffert den monatlichen Beitrag auf 108 Euro (andere Berechnungen kommen auf 119 bis 133 Euro), was deutlich unter den tatsächlichen Ausgaben liege. Für Privatversicherte zahle der Staat dagegen bis zu 422 Euro im Monat. Generell fühlt sich die TK gegenüber der PKV benachteiligt. So beteilige sich die private Konkurrenz beispielsweise nicht am

Krankenhaus-Transformationsfonds, in den die GKV jährlich 2,5 Milliarden Euro einzahlen müsse.

### DAK fordert höheren Steuerzuschuss

Die DAK Gesundheit, deren Versicherte älter sind als der Durchschnitt, warnt schon länger vor einer „Beitragsexplosion“. Ohne Strukturreformen werde der GKV-Beitrag in den kommenden zehn Jahren auf 20 Prozent steigen. Der Gesamtbeitrag für die gesetzlichen Sozialversicherungen (mit Renten- und Arbeitslosenversicherung) könne dann sogar bei fast 50 Prozent liegen. DAK-Chef Andreas Storm fordert deshalb ein Sofortprogramm von der neuen Bundesregierung. Die Beteiligung der Kassen am Krankenhaus-Transformationsfonds hält er für verfassungswidrig. Für die auch von der TK monierten versicherungsfremden Leistungen fordert Storm eine Erhöhung des Bundeszuschusses um sieben auf 21,5 Milliarden Euro. Die Beitragszahler dürften nicht für Dinge aufkommen, die Sache der Steuerzahler sind. Langfristig könne man die Kassenbeiträge nur stabilisieren, wenn sich die Ausgaben an den Einnahmen orientieren. „Dies ist insbesondere durch eine konsequente Steuerung der Patientenversorgung durch die Ärzteschaft möglich, wie diese kürzlich von der Bundesärztekammer vorgeschlagen wurde“, so Storm.

Leo Hofmeier

### GKV-AUSGABEN

Im Jahr 2023 hat die GKV rund 306 Milliarden Euro und damit gut 110 Milliarden mehr als noch 2013 ausgegeben. Besonders stark gestiegen sind die Kosten für Krankenhausbehandlungen (von 65 auf rund 94 Milliarden Euro), Arzneimittel (von 30 auf rund 50 Milliarden Euro) und ärztliche Behandlungen von 32 auf 47 Milliarden Euro). Der Anteil der zahnärztlichen Leistungen geht dagegen seit Jahren zurück. 2023 wurden dafür 17,6 Milliarden Euro ausgegeben, was einem Anteil von 5,7 Prozent entspricht.